Paris verpflichtet – Belém entscheidet

Deutschland muss den internationalen Klimakonsens erneuern

Vor zehn Jahren gelang der internationalen Gemeinschaft ein historischer Erfolg: Erstmals verpflichteten sich fast alle Staaten, die Klimakrise gemeinsam anzugehen und regelmäßig eigene Klimaschutzpläne vorzulegen. Mit dem historischen Klimaabkommen von Paris wurden Klimaschutz und -anpassung zur globalen Aufgabe – mit klaren Zielen und einem verbindlichen Rahmen für Zusammenarbeit.

Zehn Jahre nach diesem Meilenstein findet die Weltklimakonferenz COP30 in Belém, Brasilien, statt – im Herzen des Amazonas. Zum ersten Mal tagt sie in einer tropischen Region, an einem Ort, der deutlicher als jeder andere zeigt, wie eng unsere Schicksale weltweit miteinander verbunden sind. Der Amazonas spielt eine zentrale Rolle für das Weltklima: Sein Ökosystem speichert so viel Kohlendioxid wie kein anderes Ökosystem unseres Planeten, umfasst etwa 10 Prozent aller weltweit lebenden Arten und etwa 12 Prozent des gesamten Süßwassers unserer Erde. Seine Feuchtigkeit beeinflusst Regenfälle in Afrika, Asien und Europa – und damit das Leben von Milliarden Menschen.

In den zehn Jahren zwischen Paris und Belém hat sich gezeigt, was ambitionierte Klimapolitik erreichen kann: Europa hat mit dem Green Deal eine ökologische Modernisierung hin zu einer zukunftsfesten und klimaneutralen Wirtschaft eingeleitet. In den USA wurden allein in den zwei Jahren nach Bidens Inflation Reduction Act knapp 500 Milliarden US-Dollar in saubere Energien und Energieinfrastruktur investiert – und selbst nach Trumps Ausstieg halten viele Bundesstaaten, Städte und Unternehmen Kurs. In China, dem derzeit größten Emittenten und zugleich einem führenden Akteur der Dekarbonisierung, schreitet die Energiewende in rasantem Tempo voran: Schon jedes zweite neue Auto fährt dort elektrisch. In Afrika entstehen Solarparks von Marokko bis Südafrika, in Indien und Indonesien ganze Ökosysteme grüner Technologien. Weltweit wird inzwischen mehr Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt als aus Kohle – ein wichtiger Meilenstein. Der Internationale Gerichtshof hat in einem historischen Urteil die völkerrechtlich verpflichtende Verantwortung aller Staaten für die Bekämpfung der Klimakrise zementiert.

Die Klimadiplomatie steht in diesem Jahr unter großem Druck. Einerseits gewinnen autoritäre Kräfte an Einfluss, die im Schulterschluss mit der fossilen Lobby den Klimaschutz untergraben und den Multilateralismus angreifen. Mit dem Ausscheiden der USA aus dem Pariser Abkommen fehlt erstmals der zweitgrößte globale Emittent am gemeinsamen Verhandlungstisch. Geopolitische Herausforderungen und anhaltende Kriege – etwa in der Ukraine, im Sudan oder im Nahen Osten – überschatten die gemeinsame Lösungsfindung. Andererseits haben sich weite Teile der Welt längst auf den Weg in Richtung Klimaneutralität gemacht. Viele Staaten haben erkannt, dass Investitionen in Klimaschutz enorme wirtschaftliche Chancen eröffnen. Sie sehen, dass die Technologien des 21. Jahrhunderts zugleich das Klima schützen, Lebensqualität verbessern, Kosten senken und teure fossile Abhängigkeiten verringern.

Nun stehen wir an einem Scheideweg – Deutschland und Europa müssen sich entscheiden: Wollen wir immer mehr an Glaubwürdigkeit verlieren oder Kooperation ausbauen? Wollen wir künftig nur noch vom Rand zuschauen oder unsere Gestaltungsmacht in der Welt ausbauen? Wollen wir bei neuen Technologien, Innovation und Forschung vorn mitspielen oder anderen das Feld überlassen und abgehängt werden? Wollen wir gefährliche Abhängigkeiten von fossilen Energiequellen erhalten oder durch die Energiewende unsere Unabhängigkeit und Sicherheit stärken? Wollen wir dabei zusehen, wie unsere Städte und Gemeinden heißer, lauter und dreckiger werden oder gemeinsam lebenswerte Orte für alle gestalten?

Statt nun entschieden voranzugehen, reisen Deutschland und Europa mit einem desaströsen europäischen Klimakompromiss nach Belém. Schwarz-Rot hat den Erfolgspfad verlassen, auf den Deutschland unter grüner Regierungsbeteiligung eingeschwenkt war. Hierzulande plant die schwarz-rote Koalition einen vollkommen unverhältnismäßigen Ausbau neuer Gaskraftwerke, während sie auf EU-Ebene die Axt an den Green Deal anlegt. Sechs Monate nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung steht Deutschland für eine fundamentale Abkehr vom Klimaschutz – und weltweit als unzuverlässiger und kurzsichtiger Partner da. Die Bundesregierung positioniert sich so auf der falschen Seite der Geschichte.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Unsere gemeinsame Zukunft hängt von einer mutigen, ambitionierten und glaubwürdigen Klimapolitik ab – für Deutschland, Europa und die Welt. Als größter Mitgliedstaat der EU, als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und als wichtiger Handelspartner für viele Länder hat Deutschland eine hohe internationale Strahlkraft. Deshalb braucht es von der Bundesregierung eine sofortige Kehrtwende und ein klares Bekenntnis zu einer ambitionierten und sozialverträglichen internationalen Klimapolitik. Friedrich Merz' Reise nach Belém darf keine plumpe Inszenierung als Klimakanzler sein – er muss beweisen, dass er das Ruder nochmal herumreißen will. Nur so können Deutschland und Europa eine glaubwürdige Führungsrolle bei der COP30 übernehmen.

Nur Glaubwürdigkeit in Europa schafft internationalen Einfluss

Die Regierung Merz hat mit der Sabotage des EU-Klimaziels über den Punkt der Peinlichkeit hinaus dafür gesorgt, dass Europa nun mit leeren Koffern nach Belém fährt. Die Ratseinigung auf europäischer Ebene wird international nachhallen: Durch einen fragwürdigen Emissionsexport mit Zertifikaten ins außereuropäische Ausland, einer scheinheiligen Revisionsklausel und der Verschiebung des Emissionshandels für Gebäude und Verkehr ist das 90-Prozent-Klimaziel der Europäischen Union zum Etikettenschwindel verkommen. Allein die zweifelhafte Verrechnung mit Zertifikaten aus dem außereuropäischen Ausland entspricht mehr als den gesamten Jahresemissionen von Schweden, Finnland und Dänemark zusammen, die in der EU nun mehr ausgestoßen werden dürfen. Dieses Vorgehen ist klimapolitisch verantwortungslos, sendet ein gefährliches Signal in die Welt und torpediert das Ansehen Deutschlands und Europas weit über den Bereich des Klimaschutzes hinaus. Gerade wenn sich die USA unter Präsident Donald Trump zurückziehen oder aktiv gegen Klimaschutz kämpfen, bräuchte es eine ambitionierte, verlässliche Klimapolitik Deutschlands und Europas. Stattdessen torpediert die Bundesregierung die Glaubwürdigkeit von Deutschland und Europa. Um das restliche internationale Vertrauen zu retten, braucht es jetzt umso mehr Zuverlässigkeit und Engagement Deutschlands in Belém.

Ohne wirksame Instrumente bleiben selbst die ambitioniertesten Klimaziele leere Versprechen. Es braucht Maßnahmen, die den Weg zur Umsetzung ebnen und Planungssicherheit geben. Doch genau das steht derzeit auf dem Spiel: Insbesondere die Union stellt zentrale klimapolitische Instrumente infrage – vom europäischen Emissionshandel über Effizienzstandards bis hin zum Aufwuchs der Elektromobilität. Das ist nicht zuletzt innovationsfeindlich gegenüber den vielen Unternehmen in Deutschland und Europa, die längst in die Zukunft investieren.

Klimagerechtigkeit ist eine Frage des Willens – und der Finanzen

Klimaschutz ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Während viele Länder des Globalen Südens kaum Emissionen produzieren, sind sie am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Die reichen Industrienationen mit ihren historisch großen Emissionen haben die Pflicht, schnell zu handeln und andere auf ihrem Weg zu nachhaltiger Entwicklung sowie bei Klimaschutz und -anpassung sowie bei Schäden und Verlusten zu unterstützen.

Dabei spielt die Frage der Finanzierung eine zentrale Rolle. Machen wir uns nichts vor: Die Kosten von Klimaschutz und -anpassung sind hoch – doch die Kosten der Klimakrise sind um ein Vielfaches höher. Ob die Bundesregierung ihren Verpflichtun-

gen gerecht wird, entscheidet über Deutschlands Glaubwürdigkeit als internationaler Partner und über ihre Gestaltungsmacht in der Welt. Deshalb ist es absolut notwendig, dass die Bundesregierung die deutschen Zusagen zu Klima- und Biodiversitätsfinanzierungen einhält und ausbaut – statt, wie von Union und SPD vorgesehen, ausgerechnet hier den Rotstift anzulegen. Denn Klimafinanzierung ist eine Investition in unsere kollektive Zukunft. Wer in diesen Zeiten bei der internationalen Kooperation spart, isoliert sich.

Öffentliche Gelder müssen auch genutzt werden, um private Mittel zu mobilisieren. Für das anvisierte Klimafinanzierungsziel von jährlich 1,3 Billionen US-Dollar bis 2035 braucht es klare Meilensteine und Maßnahmen – ein Verhandlungsziel, für das sich Deutschland in Belém einsetzen muss. Die Bundesregierung sollte außerdem die Vorbereitungen zum neuen Fonds für den Schutz tropischer Regenwälder konstruktiv begleiten und sich dabei für wirksame ökologische Schutzstandards sowie direkte Beteiligung lokaler Gemeinschaften einsetzen – weitere Abholzung unter dem Deckmantel von Klimaschutz muss verhindert werden.

Wer am Tisch sitzt, hat die Macht

Die Klimakrise betrifft uns alle. Wir können sie nur wirksam bekämpfen, wenn wir vielfältige Perspektiven einbeziehen – denn Klimaschutz heißt global denken und lokal handeln. Während auf der Klimakonferenz in Baku im vergangenen Jahr knapp 1.800 Lobbyistinnen und Lobbyisten des fossilen Kartells vertreten waren, fällt es der Zivilgesellschaft und indigenen Gruppen von Jahr zu Jahr schwerer, bei den Verhandlungen präsent, hör- und sichtbar zu sein. Wir fordern von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis und eine deutliche Unterstützung für Zivilgesellschaft und indigene Gruppen.

Gerade jetzt sind Klimapartnerschaften mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, insbesondere im Globalen Süden, von immenser Bedeutung. Es braucht davon mehr, nicht weniger. Diese Partnerschaften stärken Deutschlands Rolle in der Welt, reduzieren Abhängigkeiten von autoritären Regimen und ermöglichen es uns, von anderen Teilen der Welt zu lernen. Insbesondere wenn Deutschland 2027 im UN-Sicherheitsrat sitzen will, muss die Bundesregierung jetzt die Möglichkeiten der Klimadiplomatie nutzen, um Allianzen zu schmieden und gemeinsame Ziele sowie klare Zusagen festzulegen. Denn die Klimakrise bedeutet mehr als nur erhöhte Temperaturen und mehr Extremwetterereignisse – für viele bedeutet sie Vertreibung aus der eigenen Heimat, eskalierende Konflikte um fruchtbares Land und eine Bedrohung für Tradition und Kultur. Wenn wir diese Perspektiven nicht wahrnehmen und einbinden, werden wir es kaum schaffen, die Klimakrise aufzuhalten und ihre Folgen zu bewältigen.

Am Amazonas entscheidet sich die Zukunft von Paris

Die Welt blickt nach Belém. Dort entscheidet sich, ob das Versprechen des Pariser Klimaabkommens lebt. Deutschland und Europa müssen sich den fossilen Kräften entgegenstellen und für eine lebenswerte Zukunft für alle kämpfen – mit klarer Haltung, mutigen Zusagen und dem festen Willen, Allianzen zwischen den verschiedenen Staatengruppen zu schmieden, um Klimagerechtigkeit global zu gestalten. Sie müssen ihren Platz in einer zunehmend klimaneutralen Weltwirtschaft beanspruchen und den Weg für andere ebnen. Sie müssen die Chancen nutzen, Sicherheitsrisiken zu reduzieren, wertvolle Lebensräume zu schützen und mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Deutschland und Europa müssen Vorbild und Vorreiter sein.

Wir fordern die Bundesregierung auf, auf der COP30 ökologische, soziale und globale Verantwortung zu übernehmen und nicht noch mehr Glaubwürdigkeit zu verlieren. Denn nur wenn Deutschland vorangeht, bleibt Europa glaubwürdig, bleibt die Welt handlungsfähig – und wird Hoffnung real.